

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 25. November 2020 / Mercredi après-midi, 25 novembre 2020

**Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

**13 2014.GEF.11081 Kreditgeschäft GR
Association pour le développement des soins palliatifs BEJUNE. Objektkredit**

**13 2014.GEF.11081 Affaire de crédit GC
Association pour le développement des soins palliatifs BEJUNE. Crédit d'objet**

Präsident. Traktandum 13, «Association pour le développement des soins palliatifs BEJUNE»: Das ist ein Objektkredit. Wir sind in der reduzierten Debatte. Wir haben eine Kommissionsmehrheit, und wir haben eine Kommissionsminderheit. Ich gebe das Wort für die Kommissionsmehrheit an Grossrätin Speiser. Reduzierte Debatte!

Antrag GSoK-Mehrheit (Speiser-Niess, Zweisimmen) – Nr. 1

Der Objektkredit ist mit folgender Auflage zu ergänzen:

Voraussetzung für die Erhöhung des Kostendachs auf die vorgesehenen CHF 230'000 jährlich ist, dass auch die Kantone JU und NE ihr Kostendach gemäss Vortrag erhöhen.

Proposition majorité de la CSoc (Speiser-Niess, Zweisimmen) – n° 1

Assortir l'affaire de crédit de la charge suivante : Le plafond ne pourra être relevé à 230'000 francs par an, comme prévu, que si les cantons du JU et de NE rehaussent le leur conformément au rapport.

Antrag GSoK-Minderheit (Mühlheim, Bern) – Nr. 2

Der Objektkredit ist mit folgender Auflage zu ergänzen:

Das Kostendach ist auf die bisherigen jährlichen CHF 200'000 zu begrenzen.

Proposition minorité de la CSoc (Mühlheim, Bern) – n° 2

Assortir l'affaire de crédit de la charge suivante : Le plafond ne dépassera pas les 200'000 francs par an actuels.

Anne Speiser-Niess, Zweisimmen (SVP), Kommissionssprecherin der GSoK-Mehrheit. Bei diesem Geschäft geht es um einen Kredit über die Versorgung der Bevölkerung für die Palliativpflege im französischsprachigen Kantonsteil. Dort gibt es eine Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Neuenburg und Jura, und es geht um den Verein «Association pour le développement des soins palliatifs BEJUNE». Ein kurzer Rückblick, worum es geht: Mit der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Palliativmedizin hat man im Jurabogen bereits in den 2000er Jahren angefangen. Man hat im Jahr 2002 in der Assemblée interjurassienne (AIJ) eine Resolution zu den «soins palliatifs» verabschiedet. Im Mai 2009 haben die Gesundheitsdirektoren der Kantone Jura, Bern und Neuenburg die interkantonale Vereinbarung zur Anerkennung des «Centre de soins palliatifs La Chrysalide» unterzeichnet. 2012 haben die drei Kantone die Zusammenarbeit intensiviert und die «Equipe Mobile en Soins Palliatifs BEJUNE» (EMSP BEJUNE) geschaffen. Die Strategie «Palliative Care BEJUNE» ist 2017 von den Gesundheitsdirektoren unterzeichnet worden. Es ist eine Organisation, die in der zweiten Linie tätig ist: Es handelt sich also nicht um Personal, das direkt am Patientenbett arbeitet, sondern es geht dort um eine unterstützende Rolle des Fachpersonals. Es werden unter anderem Weiterbildungskurse angeboten, und es wurde eine informative Website – palliatif.ch – installiert. Der Kredit, der jetzt vorliegt, betrifft also die Kosten der Organisation und nicht die Löhne der Pflegenden.

Zum Kredit selber: Es ist ein Betriebskredit, den der Kanton Bern auch hat. Er läuft Ende 2020 aus und soll jetzt um fünf Jahre verlängert werden. Die Beiträge der Trägerkantone setzen sich aus einem fixen und einem variablen Teil zusammen. Der fixe Teil beträgt für alle drei Kantone gleich viel,

nämlich 90'000 Franken pro Jahr, und der variable Teil wird anhand eines Bevölkerungsverteilschlüssels berechnet. Neu soll jetzt dieser Kredit 230'000 Franken pro Jahr betragen. Das jährliche Kostendach soll also um 30'000 Franken erweitert werden, aufgrund einer Angebotsausweitung, aber auch aufgrund eines Lohnsummenwachstums von 1,2 Prozent. Da es sich um einen wiederkehrenden Kredit handelt, muss der Grosse Rat darüber befinden.

Die GSoK wollte wissen, welches Zwischenfazit man zu dieser Strategie «Palliative Care BEJUNE» machen kann, welche Massnahmen sich bewähren und welche weniger. Die Umsetzung der Strategie, hiess es, sei nach wie vor im Gange. Einige Massnahmen, beispielsweise eben die Einführung der Plattform palliatif.ch, wurden umgesetzt, andere stehen noch aus. Eine systematische Evaluation der Strategie wurde bis jetzt noch nicht vorgenommen; man kann sie in diesem Sinn auch noch nicht evaluieren. Eine weitere Frage, die in der GSoK gestellt wurde: Welche Auswirkungen hat der Grundsatz ambulant vor stationär auf die Bedürfnisse der Palliative Care? Dazu hiess es, dass der Bedarf in den letzten zwei Jahren stets konstant geblieben sei – während die Nachfrage nach Leistungen vor 2018 stetig zugenommen habe –, und man gehe nicht davon aus, dass der Bedarf sich in den nächsten vier Jahren verändern werde. Tatsache ist aber, dass das Budget bisher nie ausgeschöpft wurde, und das hat auch innerhalb der GSoK zu diskutieren gegeben: ob es Sinn macht, dass man jetzt das Budget vorsorglich erhöht.

Wir haben zwei Anträge: Wir haben den Antrag der Mehrheit, dass man die 230'000 Franken jährlich für die nächsten fünf Jahre aufstockt, sofern die Kantone Jura und Neuenburg ihr Kostendach ebenfalls erhöhen. Das ist ein Antrag, der innerhalb der Kommission mit 15 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen wurde. Wir haben aber auch den Antrag der Minderheit der Kommission, in dem es heisst, dass das Kostendach auf diese 200'000 Franken zu begrenzen sei. Das wurde mit 8 Ja- zu 9 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen knapp abgelehnt. Wir haben an der GSoK-Sitzung vom 24. November 2020 noch über das Abstimmungsprozedere diskutiert: Wir hatten das Gefühl, dass der Antrag der GSoK-Mehrheit als Eventualantrag gestellt werden könnte. Das ist so aber nicht zustande gekommen, und somit wird bei der Abstimmung über diese Anträge die Mehrheit der Minderheit gegenübergestellt. Die Schlussabstimmung in der GSoK ergab mit 12 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen, dass man dieses Kreditgeschäft von 1'150'000 Franken für die Jahre 2021–2025 so beschliessen möchte. Das ist der Antrag zuhanden des Grossen Rates.

Ich sage noch kurz etwas zur Fraktion: Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag der Minderheit einstimmig zu. Der Grund dafür ist, dass das Budget bis anhin nicht aufgebraucht worden ist, und die 1,2 Prozent Lohnsumme – nochmals: nur für die Organisation und nicht für das Pflegepersonal ... Da hatten wir auch das Gefühl, das sei nicht nötig.

Präsident. Den Standpunkt der Kommissionsminderheit erläutert uns Grossrätin Barbara Mühlheim.

Barbara Mühlheim, Bern (glp), Kommissionssprecherin der GSoK-Minderheit. Die Vorrednerin hat schon fast alles gesagt. Vielleicht finden Sie es etwas knausrig, dass man hier wegen 120'000 Franken – es geht um vier Mal 30'000 Franken, weil es ein Vierjahreskredit ist – eine Minderheit vertreten kommt, und Sie sagen: Was soll das? Kolleginnen und Kollegen, es geht uns um ein Prinzip, um das Prinzip der gleich langen Ellen, der gleichen Spielregeln. Sie haben es gehört: Gestern, glaube ich, haben hier im Saal 145 Leute beschlossen, dass wir ein Lohnsummenwachstum von 0,4 Prozent wollen, und hier gibt man nach und sagt: Nein, das gilt zwar für fast alle, aber da gibt man jetzt 1,2 Prozent. Es ist festzustellen, dass dies ein sackgutes Projekt ist. Punkt. Das bestreitet niemand. Es ist aber nicht mehr nachvollziehbar, warum der Kredit hinaufgesetzt werden soll. Man hat ihn in den letzten zwei Jahren in grossem Mass nicht gebraucht, obwohl man grosse Investitionen machen konnte – die Plattform. Es wird kein einziger Patient in der Palliative Care weniger begleitet in Zukunft, wenn wir dies reduzieren, weil dies nach Krankenversicherungsgesetz (KVG) die Krankenkasse bezahlt. Es geht wirklich nur darum, dass wir eigentlich ein Signal aussenden, dass hier im Saal alle gleichbehandelt werden. Und das heisst: Wenn man einen Kredit bis jetzt nicht gebraucht hat, dann geht man davon aus – wenn nicht begründet wurde, wo die stetige Zunahme ist –, dass er in den nächsten Jahren reichen sollte, dass auch sie sich nach der Decke strecken sollen und dass sie mit den gleichen Kreditvorgaben, die sie in den letzten vier Jahren gehabt haben, in den nächsten vier Jahren weitergehen sollen. Kolleginnen und Kollegen, auch Kleinvieh macht Mist, so heisst – glaube ich – das Sprichwort. Es geht hier um 120'000 Franken, aber es geht vielmehr um ein Prinzip. In diesem Sinn hoffen wir, hier eine Mehrheit zu haben. Sie haben es gesehen: Wir haben in der GSoK nur ganz knapp, mit einer Stimme, verloren. Es geht uns wirklich

um das Prinzip und nicht darum, das Projekt zu schmälern. Das ist diskussionslos ein sinnvolles Projekt, das weitergeführt werden soll.

Präsident. Je donne la parole à Mme Sandra Roulet, je pense pour la Députation, c'est correct ? – Vous avez la parole.

Sandra Roulet Romy, Malleray (PS), porte-parole de la Députation. Les cantons de Neuchâtel et Jura n'ont pas le même système que le canton de Berne : le canton de Berne décide d'un plafond sur plusieurs années qui doit lui permettre d'honorer ses engagements dans cette collaboration tri-cantonale. Neuchâtel et Jura décident annuellement des fonds alloués par le budget. Toutefois, les trois cantons, représentés par leur conseiller d'Etat, ont décidé ensemble de relever le plafond proportionnellement lors de leur Assemblée générale de l'Association des soins palliatifs (ADSP). Par rapport à l'augmentation salariale de 1,2 pour cent dans le projet tri-cantonal, il a été décidé d'appliquer la convention collective de travail, CCT 2021, de Neuchâtel. C'est un accord tricantonal et nous ne pouvons pas changer les règles du jeu actuellement. Ce taux qui peut vous sembler élevé – il s'agit en fait d'un rattrapage et d'une mise à niveau des salaires neuchâtelois suite à des réductions massives d'il y a quelques années.

L'augmentation des 30'000 francs se base sur l'évolution des coûts prévisibles et l'augmentation de la population jusqu'en 2025. L'ADSP s'est notamment vu confier, en plus, la mission de mettre en œuvre la stratégie BEJUNE en matière de soins palliatifs, qui est une nouvelle prestation. Si l'ADSP BEJUNE devait se priver des 170'000 francs, cela représenterait une diminution des ressources qui aurait des répercussions sur le projet. Mais il est très clair que si aujourd'hui nous refusons le rehaussement du plafond, les cantons du Jura et de Neuchâtel n'entreront pas en matière pour prendre la différence à leur charge et adapteront leur part en conséquence vers le bas. La baisse du plafond ne permettrait pas de maintenir le niveau actuel des prestations et nécessiterait une nouvelle discussion et des accords intercantonaux. Il s'agit là d'un projet pilote destiné à promouvoir la prise en charge dans l'ensemble du canton découlant de la stratégie nationale en matière des soins palliatifs. L'essai pilote prendra fin en décembre 2022 et il donnera lieu à une évaluation. Sur cette base, le Grand Conseil se prononcera sur l'intégration des prestations des équipes mobiles en soins palliatifs dans le système de financement régulier dans tout le canton. Je vous prie donc de soutenir la proposition Speiser et de refuser la proposition de la minorité.

Präsident. Damit kommen wir zu den Fraktionen. nous passons aux interventions des groupes, c'est un débat réduit, deux minutes – la parole est à Moussia von Wattenwyl pour les Verts.

Moussia von Wattenwyl, Tramelan (Les Verts). L'Association pour le développement des soins palliatifs BEJUNE, autrement dit, ADSP BEJUNE, répond à une demande, on l'a déjà dit, de trois cantons et là se trouve une partie du problème. La population des cantons de Berne, en particulier celle du Jura bernois, celle du Jura et de Neuchâtel dépend de cette association. Comme on l'a dit, cette association développe ses offres, par exemple, le projet pilote dont on a parlé, je ne vais pas revenir dessus. Afin d'assurer le fonctionnement et les projets de l'association et de répondre aux demandes liées à l'augmentation de la population âgée, les exécutifs cantonaux demandent à augmenter le crédit et sont d'accord sur le fond. Comme il s'agit d'un accord intercantonal, et que la masse salariale est concernée, ce qui paraît poser problème – il est vrai que ça tombe vraiment mal dans le contexte actuel –, mais on verrait mal refuser ce crédit vu qu'on a ces accords intercantonaux et que la région du Jura bernois en dépend.

Les Verts vous demandent donc de soutenir ce crédit, de soutenir l'amendement Speiser. Comme vous avez pu le lire dans le rapport, et comme le Gouvernement, nous vous encourageons à soutenir ce crédit de 230'000 francs, qui ne sera pas forcément atteint, comme ne l'était pas non plus le crédit des années précédentes de 200'000 francs. Ce qui est à mon avis un bon signe, un signe de gestion saine, responsable et intelligente où ce n'est pas parce qu'on a un budget qu'on doit en utiliser la totalité.

Präsident. Die nächste Fraktionssprecherin ist Grossrätin Margrit Junker für die SP-JUSO-PSA-Fraktion.

Margrit Junker Burkhard, Lyss (SP). Die Fraktion SP-JUSO-PSA wird den vorliegenden Objektkredit einstimmig unterstützen. Die Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass dieser Verein gute

und vor allem notwendige Dienstleistungen anbietet. Der Dienst wurde seit 2012 stetig ausgebaut und die Nachfrage ist grösser geworden, und genau aus diesem Grund lehnt die Fraktion den Antrag Mülheim, das Kostendach beim bisherigen jährlichen Betrag von 200'000 Franken zu deckeln, ab. Wir sind überzeugt, dass die Direktion das Kostendach nur ausschöpft, wenn dies auch erforderlich ist. Die Begründungen der Erhöhung sind schlüssig, und zudem – denke ich – braucht die Direktion auch einen gewissen Verhandlungsspielraum. Das ist mit dem Antrag von Grossrätin Speiser, mit dem Antrag der GSoK Mehrheit, gewährleistet. Zudem können wir noch betonen, dass die Direktion mit der Erhöhung wahrscheinlich nicht gekommen wäre, wenn es nicht nötig wäre. Wenn sie mit den 200'000 Franken pro Jahr auskäme, dann hätte sie nicht in den Grossen Rat kommen müssen und hätte sich wahrscheinlich sehr viel Arbeit sparen können. Wir bitten Sie also, den vorliegenden Kredit zu bewilligen.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (BDP). Im Jura Bernois wird die mobile Palliativversorgung seit 2012 mit den Kantonen Neuenburg und Jura besorgt. Wir haben hier über einen Folgekredit für die nächsten vier Jahre zu befinden. Eine Weiterführung der palliativen Dienste ist in der BDP-Fraktion unbestritten. Mehr zu reden gaben die beiden Anträge der Kommissionsmehrheit und Kommissionsminderheit: Das Kostendach nur zu erhöhen, wenn die beiden anderen Kantone das Gleiche machen, oder es nicht zu erhöhen; das war hier die Frage. Die BDP-Fraktion hat sich mehrheitlich der Nicht-Erhöhung, also dem Minderheitsantrag angeschlossen und wird den Kredit nachher so genehmigen.

Marianne Teuscher-Abts, Roggwil BE (FDP). Sie haben alles schon gehört. Hier geht es um einen Projektkredit von 230'000 Franken für die «Soins Palliatifs BEJUNE» für die Jahre 2021–2025. Im französischsprachigen Teil des Kantons Bern ist die palliative Versorgung mit der «Association pour le développement des soins palliatifs BEJUNE» im Verbund mit den Kantonen Jura und Neuchâtel organisiert; das ist die ADSP BEJUNE. Der Verein setzt die Strategie «Palliative Care BEJUNE» um und betreibt unter anderem einen mobilen Palliative-Care-Dienst, den MPD, der die Einwohnerinnen und Einwohner der Region Berner Jura, Kanton Jura und Kanton Neuenburg versorgt. Die drei Kantone bezahlen je einen fixen Betrag von 90'000 Franken und einen variablen Betrag, der abhängig ist von der Einwohnerzahl. Der bisherige Kredit läuft Ende 2020 aus, daher ist eine Verlängerung des Kredits für die Jahre 2021–2025 notwendig. Der MPD ist ein professionelles Team – Anne Speiser hat das schon erklärt – von ärztlichen und pflegerischen Fachpersonen, die nicht direkt am Patienten arbeiten, sondern ausschliesslich in der zweiten Linie tätig sind. Das heisst, sie unterstützen und beraten die Grundversorger bei der Betreuung von schwerkranken Patienten in der letzten Lebensphase. Sie bieten Weiterbildungen an und koordinieren auch die Übergänge zwischen Spital und den Strukturen der Nachversorgung. Aktuell führt die GSI einen dreijährigen Modellversuch durch. Die GSI hat uns das Projekt sehr gut vorgestellt. Die Kosten lagen bis jetzt bei 200'000 Franken, aber die Nachfrage steigt dauernd und das Angebot wird stetig ausgebaut. Darum liegt jetzt der Antrag auf einen Kredit von 230'000 Franken vor. *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Der Kredit ist im Voranschlag (VA) 2020 und im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2021–2023 eingestellt. Ich würde den Kredit für dieses sehr sinnvolle Projekt unterstützen, und die FDP-Fraktionen stimmt ihm zu.

Präsident. Zwei Minuten sind kurz. Für die EVP-Fraktion spricht Grossrätin Marianne Beutler.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP). Melanie geht auch. *(Der Präsident entschuldigt sich für den falschen Namen. / Le président s'excuse de s'être trompé de prénom.)* Kein Problem, Herr Präsident. Werte Anwesende, die EVP-Fraktion freut sich über die gute Zusammenarbeit in der integrierten Palliative-Care-Versorgung in dieser Region, die hier skizziert wurde und die übrigens schon seit den 2000er Jahren besteht. Das hat mich beeindruckt: inklusive des Zentrums, das man da aufgebaut hat, etc. Hier geht es nun aber um den Objektkredit. Wir finden diesen berechtigt, auch wenn er in der zweiten Linie ist. Denken Sie daran: Wir haben auch einen Modellversuch oder ein Pilotprojekt, das im Kanton Bern noch läuft, betreffend die Mobilen Palliativdienste (MPD) – wie und ob man diese flächendeckend einführen soll. Palliative Care ist ein Ur-EVP-Anliegen, wenn ich das so sagen darf, um Menschen bis an ihr Lebensende die bestmögliche Lebensqualität zu verschaffen. Das ist eine hehre Aufgabe, aber es ist auch eine anspruchsvolle Aufgabe, für die es gesellschaftlich wie auch finanziell Raum zu schaffen gilt. MPD machen genau das: Sie bearbeiten

genau die Schnittstellen, die es eben gibt, sie beraten Grundversorger, sie bauen Webseiten auf, sie sind in der Ausbildung und in der Weiterbildung tätig, sodass genau diese integrierte Versorgung – sei es in der Somatik oder Reha – betreffend Palliative Care eben stattfinden kann.

Ich spreche jetzt noch – da vor allem die Finanzen zu reden gegeben haben – zu den beiden Anträgen. Zum Antrag Speiser: Dazu sagen wir Ja; wir können uns also der Mehrheit der GSoK anschliessen. Es wurde vorhin auch von der Sprecherin der Députation ausgeführt, dass die anderen Kantone dies offenbar schon eingestellt haben, weil sie irgendwie jährlich oder über das Budget arbeiten. Mir scheint also: Da gehen wir keine Gefahr ein, dass das jetzt nicht aufgestockt werden könnte. Beim Antrag der Minderheit der GSoK sehen wir es ein wenig anders: eher Nein, obwohl die Argumente schon Gewicht haben, dass das Kostendach bisher nicht ausgeschöpft wurde, oder auch, dass der demografische Wandel, der angesprochen wird, eigentlich eher in der ersten Linie durchschlagen sollte, und nicht in der zweiten. «Erste Linie» bedeutet: am Patienten. Wenn mehr Menschen älter werden und zum Beispiel Palliative Care brauchen und in Anspruch nehmen, dann müsste man mehr am Patienten arbeiten. (*Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) Genau. Was aus unserer Sicht nicht passieren darf, ist, dass wir jetzt hier mehr Geld sprechen und für andere MPD, wenn dann der Pilot ausgewertet ist, plötzlich zu wenig haben.

Präsident. Für das Protokoll: Das war Melanie Beutler. Wir sind am Ende der Debatte angelangt. Je donne la parole à M. Pierre Alain Schnegg.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration. L'ADSP BEJUNE est une association qui fonctionne depuis de nombreuses années à satisfaction pour la région et les professionnels de la région. Nous avons un mode de financement qui a été défini depuis de nombreuses années, les budgets ont toujours été respectés, respectivement nous avons plutôt bouclé les années en dessous du budget. Pour les prochaines années, il est prévu d'augmenter le budget de 200'000 à 230'000 francs, de manière à pouvoir tenir compte de l'augmentation de la population mais également de pouvoir finaliser un certain nombre de projets qui sont en cours. C'est la raison pour laquelle le Conseil-exécutif vous invite à voter ce crédit et à soutenir la proposition d'amendement Speiser.

Präsident. Dann kommen wir zur Beschlussfassung. Wir werden zuerst die beiden Anträge gegeneinander ausmehren. Wer dem Antrag 1 – GSoK-Mehrheit – die Stimme geben will, stimmt Ja, wer den Antrag 2 – GSoK-Minderheit – unterstützt, stimmt Nein.

Abstimmung (Antrag GSoK-Mehrheit [Speiser-Niess, Zweisimmen] – Nr. 1 *gegen* Antrag GSoK-Minderheit [Mühlheim, Bern] – Nr. 2)

Vote (Proposition majorité de la CSoc [Speiser-Niess, Zweisimmen] – n° 1 *contre* proposition minorité de la CSoc [Mühlheim, Bern] – n° 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme Antrag GSoK-Mehrheit (Speiser-Niess, Zweisimmen) /

Adoption majorité de la CSoc (Speiser-Niess, Zweisimmen)

Ja / Oui 84

Nein / Non 65

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben der GSoK-Mehrheit den Vorzug gegeben, mit 84 Ja- gegenüber 65 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Jetzt befinden wir noch über diesen obsiegenden Antrag der GSoK-Mehrheit/Speiser: Wer den Antrag 1 annehmen will, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein. – Ich wiederhole die Abstimmungsfrage: Wer den obsiegenden Antrag der GSoK-Mehrheit annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Antrag GSoK-Mehrheit [Speiser-Niess, Zweisimmen] – Nr. 1)

Vote (Proposition majorité de la CSoc [Speiser-Niess, Zweisimmen] – n° 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 146

Nein / Non 4

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben dem Antrag zugestimmt, mit 146 Ja- bei 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Dann geht es jetzt noch um den Kredit an und für sich: Wer den Kredit annehmen will, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2014.GEF.11081)

Vote (2014.GEF.11081)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 146

Nein / Non 1

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diesem Objektkredit zugestimmt, mit 146 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme. Für das Traktandum 14 übergebe ich die Ratsführung meinem Vizepräsidenten, Herrn Hervé Gullotti.

Der Vizepräsident, Hervé Gullotti, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président Hervé Gullotti prend la direction des délibérations.